

Der Vollzugsdienst

6/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD fordert von der Politik die Rückkehr zum bundeseinheitlichen Strafvollzugsrecht

Entschließung des BSBD-Bundesvorstands in Rostock

Seite 5

Vier Jahre Beharrlichkeit haben sich gelohnt: Die Vollzugszulage wird 2017 angehoben

Großer Erfolg für den BSBD Hessen: Erhöhung um 30 %

Seite 34

Erhöhte Gewaltbereitschaft von Straftätern stellt den Vollzug vor bislang ungekannte Probleme

Personalmangel des Strafvollzuges erweist sich als ungelöstes Problem

Seite 48

René Müller zum neuen BSBD-Bundesvorsitzenden gewählt



Das neue BSBD-Bundesleitungsteam (v.l.n.r.): Alexander Sammer, René Müller, Horst Butschinek, Anja Müller, René Selle und Axel Lehrer.



Niedersachsen



Saarland



Thüringen

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 „Der Justizvollzug muss in öffentlich-rechtlichen Händen bleiben – Privatisierung ist kein Modell für Deutschland“
- 4 Anton Bachl übergibt den Staffelstab an René Müller
- 5 BSBD fordert von der Politik die Rückkehr zum bundeseinheitlichen Strafvollzugsrecht
- 6 Tarifpersonal – Wann und wie kann Übergangsgeld gezahlt werden?
- 6 Tagung mit praktischem Training und Erfahrungsaustausch

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 19 Bayern
- 22 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 31 Hamburg
- 34 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 43 Niedersachsen
- 48 Nordrhein-Westfalen
- 62 Rheinland-Pfalz
- 65 Saarland
- 66 Sachsen
- 69 Schleswig-Holstein
- 70 Thüringen

FACHTEIL

- 74 Personalvertretungsrecht und Richtervertretungsrecht

REZENSION

- 80 Klaus Neuenhüsges
„Niemanden aufgeben...“



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Renè Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 1/2017:

 **15. Januar 2017**

Vier Jahre Beharrlichkeit haben sich gelohnt!

Vollzugszulage wird 2017 auf 131,20 € angehoben!

Großer Erfolg für den BSBD Hessen

Vier Jahre hat es gedauert, nun ist es endlich soweit: Die Vollzugszulage wird ab 2017 auf **131,20 €** angehoben. Das ist eine Steigerung um 32,80 € oder anders dargestellt: Eine **Erhöhung um 30 %**. Hessen ist das 6. Bundesland, das diese Zulage an die Höhe der Polizeidienstzulage anpasst.

Vier Jahre hat der **Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen** um diese Betragsanpassung gerungen. Der **BSBD Hessen** hat mit großer Beharrlichkeit, in allen Gesprächen mit den vollzugspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Landtagsfraktionen, sowie in allen Gesprächen mit der jeweiligen Hausspitze des Hessischen Ministeriums der Justiz immer und immer wieder die Arbeitssituation und die Arbeitsleistung unserer Kolleginnen und Kollegen erklärt!

Es war **Staatsministerin Kühne-Hörmann** selbst, die den Landesvorstand des **BSBD Hessen** in einem **vollzugspolitischen Gespräch am 03. 11. 2016**, ein Tag vor dem 59. Gewerkschaftstag, über die Anhebung der Gitterzulage informierte und gleichzeitig das „Go“ für die Presseerklärung gab.

In der Presseerklärung der **CDU Hessen** heißt es hierzu: „In ihren aktuellen

Haushaltsberatungen kam die **schwarz-grüne Koalition** zudem überein, zusätzlich für die sogenannte „Gitterzulage“ durch einen Haushaltsänderungsantrag zum Haushalt 2017 um gut 30 Prozent zu erhöhen.“ MdL **Karin Müller, Bündnis 90/Die Grünen**, erklärte in ihrer Presseerklärung vom 3. November 2016: „Unsere Vollzugsbediensteten haben einen vielfältigen und spannenden Job. Sie leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag für Rechtsfrieden, Sicherheit und somit das Allgemeinwohl, ... zugleich ist die Tätigkeit mit enormen Herausforderungen verbunden. Sie sind es, die den gesetzlich festgeschriebenen Auftrag der Resozialisierung mit Leben füllen. Diese vollzugsspezifisch besonderen Aufgaben verdienen auch monetär besonderer Wertschätzung. Wir sind daher sehr glücklich, dass es uns gelungen ist, die sogenannte Gitterzulage im Haushalt 2017 zu verankern und zu erhöhen. Die Erhöhung der Zulage werde vor allem die unteren Einkommensschichten stärken. Nach der vorherigen Anhebung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten leisten wir mit der Erhöhung der Gitterzulage einen weiteren Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit.“

Diese Zulagen verbessern die Einkommenssituation unterer Besoldungsgruppen erheblich. Eine solche Zulage erhalten bislang bereits Polizistinnen und Polizisten, die im besonders belastenden Vollzugsdienst tätig sind. Zusätzlich werden nun auch die Justizvollzugsbediensteten von dieser Erhöhung der Zulage profitieren, die schließlich vergleichbaren belastenden Situationen ausgesetzt sind. Wir vereinheitlichen damit den Bereich der Vollzugsdienste konsequent.“

Sowohl MdL **Hugo Klein, CDU**, wie auch MdL **Karin Müller, Bündnis 90/Die Grünen**, hatten sich nach den im April 2016 im hessischen Landtag mit dem **BSBD-Landesvorstand** geführten Gesprächen massiv um diese Anhebung bemüht.

Hierzu gab es auch einige Telefonate und Kontakte mit dem **BSBD**. Von daher gilt es den beiden Landtagsabgeordneten auch an dieser Stelle ganz ausdrücklich für diesen Einsatz zu danken. Diese Fürsprache hat die Anhebung der Vollzugszulage in die Gänge gebracht.

Und es ist wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine starke Gewerkschaft im Justizvollzug zu haben!

59. Gewerkschaftstag des BSBD Hessen

Es fehlen 106 Stellen im hessischen Justizvollzug

Landesvorsitzende Birgit Kannegießer konkretisiert BSBD-Forderung



Die BSBD-Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** bei ihrer Eröffnungsrede.

Es war der 59. Gewerkschaftstag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Hessen am 4. November 2016 im Bürgerhaus Butzbach, ein Gewerkschaftstag, der die Anhebung der Vollzugszulage feierte, andererseits das Defizit in der Stellenausstattung zu konkretisieren hatte. Und schließlich Leipzig. Die **BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer** widmete ihre Eröffnungsrede nicht zuletzt den Leipziger Kolleginnen und Kollegen, die am 12. Oktober 2016 Dienst zu leisten hatten und den Suizid des Untersuchungsgefangenen **Al-Bakr** zu erfahren hatten.

Hier nun Auszüge aus der Eröffnungsrede von **Birgit Kannegießer**. Die gesamte Rede ist auf www.bsbd-hessen.de veröffentlicht.

Landesvorsitzende **Kannegießer** dankte zu Beginn Ihrer Rede ausdrücklich den Vertretern der Regierungskoalition für die Anhebung der Vollzugszulage und der „DuZ“, fuhr dann aber fort: „**Und jetzt komme ich zu dem „aber“** – bei aller Freude gestern; es bewahrt uns aber nicht – sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtag, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Kolleginnen

und Kollegen der Fachabteilung Justizvollzug – **vor dem eigentlichen Thema des heutigen Gewerkschaftstages.**

Der **BSBD Hessen** hat in den vergangenen Jahren stets über Arbeitssituation, Arbeitsbelastung und schließlich die Personalausstattung in den Anstalten gesprochen. Das müssen wir tun, dafür sind wir Gewerkschaft Strafvollzug. Anfang der Woche hat mich ein Journalist gefragt: „Frau **Kannegießer**, sagen Sie, wie viele Stellen fehlen nach Ihrer Einschätzung im Hessischen Justizvollzug tatsächlich?“ Reden wir also nicht mehr

abstrakt über Kalkulationsfehler und Dreisätze. **Werden wir in dieser Woche konkret: Es sind mindestens 106 Stellen, die im hessischen Justizvollzug aktuell und tatsächlich fehlen.** Sehr geehrte Abgeordnete des Landtags, die sie jedes Jahr über den Landshaushalt beschließen; eigentlich haben Sie jetzt zwei Handlungsoptionen.

Variante 1: Schaffen Sie dringend die 106 Stellen, die in unseren Dienstplänen und unseren Personalbedarfsberech-

sich schließlich immer wieder selbst mit einplanen, **so kann es in Hessen nicht weitergehen!** Ich erinnere dabei an den hohen Krankenstand in den meisten Anstalten. Hier kommt schließlich ein Stein zum anderen. Am Ende rollt eine Lawine. Soweit dürfen wir es in der Verantwortung für den Justizvollzug aber nicht kommen lassen, sehr geehrte Damen und Herren! Das dürfen wir nicht!

Variante 2, wenn es denn tatsächlich eine Handlungsalternative wäre: Kürzen

aufzufangen, dann bleiben Stühle im Tagesdienstplan unbesetzt. Wenn die Grundkalkulation falsch ist, dann hilft auch keine Aufrüstung in Dienstplanung und Abrechnung. Ein totes Pferd bleibt übrigens tot. Da hilft auch kein Schwingen von Peitschen. Und ich weiß, dass wir bei unserer Berechnung den Krankenpflagedienst im Wechselschicht- und Schichtdienst nicht vergessen dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und ja, wir begrüßen es ganz ausdrücklich, dass es



Ehrengäste v.l.nr. Staatssekretär Metz, Abteilungsleiterin Justizvollzug Schröder; MR Manfred Kräuter, MdL Hugo Klein (CDU), MdL Corrado di Benedetto (SPD), MdL Alfons Gerling (CDU).

Fotos (3): BSBD Hessen

nungen fehlen. So, wie es jetzt in etlichen Anstalten läuft, Notdienstpläne gefahren werden, Positionen nicht besetzt werden können, zusätzliche Aufgaben gar nicht erst in der Personalkalkulation Berücksichtigung finden, im Übrigen auch die Bewertung der Feiertage, die in dieser Bedarfsberechnung fehlt, und Kolleginnen und Kollegen, die an ihr Leistungslimit geraten, Bereichsleiter und Dienstplaner nicht mehr ein noch aus wissen und

sie das Vollzugsprogramm für die Gefangenen, schränken sie die Öffnungszeiten ein, geben sie gar Einzelbelegung auf, schließen sie Abteilungen. Damit das jetzt vorhandene Personal seine Aufgaben erledigen kann.“ ...Wenn nicht genügend Stellen und Gesichter da sind, um Urlaub, Krankheit, Fortbildung, Mutterschutz, Elternzeit, gesetzliche Feiertage, Dienstbefreiung, Zusatzurlaub für Schicht- und Wechselschichtdienst

Frau Staatsministerin **Kühne-Hörmann** in den Haushaltsverhandlungen 2017 gelungen ist, **insgesamt 51 neue Stellen für den hessischen Justizvollzug durchzusetzen. Die dürfen Sie jetzt allerdings nicht einfach von den 106 geforderten abziehen.** Von den 51 Stellen beziehen sich nämlich 30 Stellen auf die Refinanzierung der anstehenden Arbeitszeitreduzierung auf 41 Wochenstunden ab 1. August 2017. Diese Refinanzierung hatte Frau Staatsministerin **Kühne-Hörmann** uns hier vor zwei Jahren zugesagt. Sie hat folglich Wort gehalten.“

Die anwesenden Politiker/innen forderte **Birgit Kannegießer** auf: „**Streichen Sie Ihr Personalkürzungsprogramm für den hessischen Justizvollzug bitte ganz.** Im hessischen Justizvollzug gibt es keinerlei Reserven oder Leerräume.“

Wir haben keinerlei Spielräume mehr, sind ausgebrannt, fahren in mindestens vier Anstalten die Schichtplanung mit Notplänen, d.h. mit vorgegebener Unterbesetzung. Ich wiederhole mich. Wem können Sie denn in einer solchen Situation den Stuhl noch wegnehmen bzw. wegziehen, bitte schön?

Hier schließe ich Verwaltung und die Fachdienste ausdrücklich ein, sehr verehrte Damen und Herren! Auch die haben erhebliche Arbeitsverdichtungen in den vergangenen Jahren erlebt. Beschreibt sich so ein attraktiver Arbeitsplatz des öffentlichen Dienstes?... 106



Die Erhöhung der Gitterzulage kommt!

Der **BSBD Hessen** hat sich erfolgreich für die Erhöhung der Gitterzulage auf die Höhe der Polizeidienstzulage (derzeit 131,20 €) eingesetzt.

Aber es gibt noch viel zu tun!
Jetzt beim **BSBD Hessen** einsteigen und gemeinsam das Projekt „40-Stunden-Woche“ voranbringen!




Grafik: 300 Palabras de Marketing by Nicolás Vega Mora

Weitere Informationen unter
<http://www.bsb-d-hessen.de>



Stellen fehlen uns. Lassen wir uns die durch Frau Staatsministerin **Kühne-Hörmann** durchgesetzten 21 tatsächlich zusätzlichen Stellen anrechnen, bleibt die Forderung von 85 Stellen! Und ich sage ihnen heute: Entscheiden Sie sich bald, Variante 1 oder Variante 2, sie haben die Wahl.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag zum Dienst kommen, Mehrarbeit leisten, freie Tage gestrichen bekommen, denen die Verschnaufpause fehlt, die haben dagegen aktuell keine Wahl, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete des Hessischen Landtag. Die Haftzahlen sind gestiegen, die Klientel verändert sich deutlich. Entscheiden Sie sich bitte bald!“

Dann kam die **BSBD-Landesvorsitzende auf Leipzig zu sprechen**: „Ich hatte bereits am Wochenanfang angekündigt, dass ich diese heutige Rede ganz besonders den sächsischen Kolleginnen und Kollege in der JVA Leipzig widmen möchte, auch dort herrscht übrigens Personalnot. Den Kolleginnen und Kollegen also, die am 12. Oktober 2016 ihren Dienst in der JVA Leipzig zu leisten hatten und für diesen Arbeitstag – und ganz besonders für die Spätschicht an diesem Tag – durch einen Sturm der politischen Entrüstung geschickt wurden – bewertet, betwittert und verurteilt durch ein Heer der Ahnungslosen.“

Herr Staatssekretär **Metz**: Die wichtigste Feststellung meiner Rede heute – ungeschönt und ganz direkt: **Die sächsische Justizvollzugsanstalt Leipzig ist eigentlich überall!!!** Überall in Deutschland und überall in Hessen. In jeder hessischen Justizvollzugsanstalt, sehr geehrte Damen und Herren!

Wer in der Rückschau behauptet, ein solcher Suizid könne hier in Hessen oder hier in „meiner“ Anstalt nicht passieren, der oder die sagt Ihnen leider nicht die Wahrheit! Wer sich in dieser Sicherheit wähnt und meint, er könne das in seiner Anstalt ausschließen, verkennt jegliche Realität und sollte seine politische oder vollzugliche Verantwortung besser zurückgeben. Sie werden es weder mit uns noch bei uns aushalten, wenn Sie diese Tatsache nicht ertragen.

Das ist bitter, sehr bitter aktuell für die junge Anwärtlerin in der JVA Leipzig, die

den toten Untersuchungsgefangenen Al-Bakr am Abend des 12. Oktober 2016 aufgehängt in seinem Haftraum fand.

Viele Kolleginnen und Kollegen mussten Vergleichbares in ihrer beruflichen Praxis erleben. Die einen früher, die anderen später. Ihren ersten Toten vergessen tatsächlich die Wenigsten. Aber es ist so! Und das werden weder Sie noch wir tatsächlich ändern können. Wer es nicht aushält, dass Gefangene nicht funktionieren, nicht prognostisch einwandfrei handeln und nicht unseren Plänen und Resozialisierungsangeboten entsprechen, der ist bei uns falsch. Bei uns gibt es keine Verhaltensgarantie und keine Rechts-

leginnen und Kollegen von hier zu danken.“ ...

... Und ich weiß und sage es ausdrücklich: Natürlich sehen wir uns als Bedienstete im Justizvollzug bei einem derart außergewöhnlichen Gefangenen in der Pflicht, alles zu tun, um ihn sicher unterzubringen, sehr geehrte Damen und Herren, – auch für sein Leben.

Die Bilder aus den kameraüberwachten Hafträumen laufen in unserer hessischen Vollzugspraxis auf einem Bildschirm in der Sicherheitszentrale auf. Auf einem von wenigstens 5 bis 10 Bildschirmen, in aller Regel hängt da eine Bildschirmgalerie. Die Bilder wechseln auf den Bild-



Die Botschaft zum Thema „Suizid des Untersuchungsgefangenen Al-Bakr“ kam bei den Teilnehmern am BSBD Gewerkschaftstag an: „Die sächsische JVA Leipzig ist eigentlich überall.“

sicherheit, kein Einhalten von Schwüren und Versprechen, keine Akzeptanz von Regeln oder Grenzen; allein Gitter begrenzen bei uns wahrhaftig. Das ist so im Strafvollzug. Trotzdem stehen die Bediensteten jeden Tag und in jeder Schicht ihren Mann und ihre Frau, schließen die Türen auf, organisieren den Tag, stellen sich den Aufgaben, Fragen und der täglich notwendigen Krisenintervention.

Und das trotz unterbesetzten Dienstplänen jeden Tag. Immerhin: rund 15% unserer Kolleginnen und Kollegen hatten im vergangenen Jahr gar keinen Krankheitstag. Kommen jeden Tag, ziehen sozusagen den Karren. In den Anstalten mit den höchsten Krankenausfallraten sind das interessanterweise sogar 25%. Und ich meine, dass diese auch hier beim Gewerkschaftstag mal ausdrücklich Anerkennung erfahren dürfen. Deshalb erlaube ich mir, diese Zahlen heute tatsächlich zu benennen. Und diesen Kol-

schirmen. Manche Bildschirme präsentieren nicht nur ein Bild, sondern sie sind sogar vierteteilt. Weder das menschliche Auge noch das menschliche Gehirn kann diese Bilderflut angemessen verarbeiten und sicher bewerten. Sagt nicht die Gewerkschaftsvorsitzende, sondern das sagt die Arbeitsmedizin.

Der im kameraüberwachten Haftraum untergebrachte Gefangene genießt folglich **nie** die volle Aufmerksamkeit eines Bediensteten. Dieser Bedienstete ist im Übrigen ganz und gar im Tagesablauf der Sicherheitszentrale eingebunden, wo er gleichzeitig eine Vielzahl anderer Aufgaben wahrzunehmen hat. Deshalb wird in der Regel dort nur in genau festgelegten Zeitabständen auf den Bildschirm geschaut. Die Uhrzeit wird dann in Listen dokumentiert und die Kontrolle wird durch Unterschrift bestätigt. Ich bringe es auf den Punkt: Es kann dabei nicht garantiert werden, dass Krisen im Haftraum tatsächlich erkannt werden. Dass die Leipziger Kollegen sich entschieden hatten, zunächst 15-minütig zu kontrollieren, d.h. alle 15 Minuten Kolleginnen und Kollegen zum Haftraum zu schicken und eine Kontrolle vorzunehmen, zeigt, wie ernst die Anstalt die Sache genom-

Ich engagiere mich im BSBD weil ...



... nur so können wir den mittleren Dienst stärken und gemeinsam sind wir stark für die Zukunft!

Sigi Urbanek, Vorsitzender OV Gießen

men hatte. Wer nun in der Rückschau behauptet, die Anstalt habe die akute Suizidgefahr nicht erkannt, habe überhaupt die Suizidgefahr nicht erkannt, weiß – um ehrlich zu sein – nicht genug über all die Prophylaxeprogramme, die mittlerweile Standard in allen deutschen Justizvollzugsanstalten sind, auch in der JVA Leipzig. Ich glaube jedenfalls nicht, dass ein Entscheidungsverantwortlicher, der zunächst die viertelstündige, dann die halbstündige Kontrolle eines Gefangenen anordnet, in seiner Bewertung Suizidgefahr tatsächlich ausgeschlossen hat. Dann hätte er diesen Prüfungsturnus nicht gewählt. **Möge jedenfalls die Anwärtlerin, die den Untersuchungsgefangenen erhängt im Haftraum fand, ihr Erleben verarbeiten und möge sie ihr Beruf trotz allem erfüllen. Das wünschen wir hessischen Kolleginnen und Kollegen ihr von dieser Stelle von ganzen Herzen. Möge die Psychologin dieses öffentliche Zerredet und Zertreten werden, eines Tages verwinden.** Auch ihr wünschen wir alles erdenklich Gute. ...

... Nach 12 Jahren Föderalismusreform, dem Wettbewerb der Besten, wird nach **Al-Bakr** sogar die Wiedervereinlichung des Strafvollzugsrechts vorgeschlagen. Ganz ausdrücklich an die Politik: Wir, der **BSBD Hessen**, die Landesverbände und der Bundesverband würden das ausdrücklich begrüßen. Aber eines sei ihnen gewiss: Den Tod eines **Al-Bakr** hätte auch ein bundeseinheitliches Vollzugsrecht nicht verhindert. Leider. **Und nein: ein Bundesgefängnis fordern wir hierzu lieber nicht, ein Stammheim aus den 70er Jahren genügt in der deutschen Vollzugsgeschichte.**

Was bleibt nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Rückschau und im Ergebnis?

Es bleibt: Ein prominenter 22-jähriger toter Gefangener, mindestens ein Untersuchungsausschuss, der das vollzugliche Handeln vom 12. Oktober genau unter die Lupe nehmen und bewerten wird, eine Öffentlichkeit, die in den Social-Media einen Shitstorm feierte, eine politische Szene, die den Rücktritt oder die Ablösung fordert – von wem auch immer.

Und was bleibt noch? Es bleibt eine total gefrustete Kollegenschaft, die sich – total zerredet – abwendet und schließlich innerlich den Dienst kündigt. Was auch sonst? Eine unfassbare Bilanz. ...

... **Kannegießer** weiter: „Hätte ich doch heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, meinen Klabauterhammer aus den letzten zwei Jahren hier in Butzbach dabei. Den Klabauterhammer, dessen Schlag den Kapitän bzw. die Kapitänin warnt. Und der Klabauter, der den Hammer schwingt. Hören und gehört werden, auch wenn

Schweigen viel zu oft das von uns allen gewünschte Verhaltensmuster ist. Der Landesverband des **Bunds der Strafvollzugsbediensteten Hessen** schweigt aber nicht – weder mit noch ohne Klabauterhammer in der Hand. Dafür stehen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen!...

... Ja, alles hat Konsequenzen. Wir nehmen den Klabauterhammer und zeigen die Leckagen auf, sehr geehrter Herr **Metz**, sehr geehrte Abgeordnete.

Dies aufzuzeigen, dafür übernehmen wir jedes Jahr neu hier in Butzbach die Verantwortung. Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, samt derer, die heute in den Anstalten unsere Schicht übernommen haben. Dafür von hier auch mal einen herzlichen Dank an alle dienstleistenden Kolleginnen und Kollegen draußen. Wir kämpfen heute für Euch mit!

Nullrunde 2015, 1% Besoldungserhöhung 2016, bei wieder Fahrt aufnehmender Inflation – dazu noch die Beihilfekürzung vom vergangenen Herbst. Auch hier wiederhole ich mich. Das wirkt alles sehr bitter fort in den Köpfen unserer Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Abgeordnete der regierenden Parteien.

Und wir brauchen Unterstützung – in Köpfen – und in Worten. Jetzt wiederhole ich mich vorsätzlich: Die Leipziger Kolleginnen und Kollegen wissen jetzt, wie ein Shitstorm funktioniert. Da hat sich die Öffentlichkeit nun ausgetobt auf dem Rücken derer, die jeden Tag den Kopf für sie hinhalten. Und auch die Politik hat sich nicht mit Ruhm bekleckert,

hat die Informationen aus dem Vollzug zwar aufgenommen, aber völlig falsch bewertet. Es war ein schwarzer Tag – nicht nur für die Leipziger Kolleginnen und Kollegen, sondern auch für diejenigen, die frei von Fachverstand ins Mikrofon sprachen. Es war grausam, mit Verlaub. Was sind nun die Konsequenzen in Hessen? Zunächst erwarten wir den Umbau unserer Kamerazellen, freie Sicht auf die Toiletten. Eine Umfrage hierzu wurde bereits initiiert. Mal schauen, wie viel das kosten wird. Was kommt als Nächstes? Wahrscheinlich noch mehr Berichtspflichten, z. B. bei Suizidgefahr bereits ab dem 1. Tag? Oder telefonisch vorab? Kann sich da noch jemand etwas trauen? Wer will hier schließlich noch verantwortlich und abwägend entscheiden? Oder wollen wir uns zukünftig weiter einem Schwarzen Peter-Spiel ergeben, in dem wir Verantwortung nach oben und von dort zurück nach unten in einem hin und her delegieren. So attraktiv gestalten wir nun also unsere Arbeitsplätze? Viele Kolleginnen und Kollegen weigern sich mittlerweile ganz ausdrücklich, für ihren Beruf zu werben. Der **BSBD** wird bevorzugt der Schwarzmalerei und einer chronischen Klagekultur beschuldigt.

Als würde es besser, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir gemeinsam wegschauen und schweigen. Auch 2016 sage ich deutlich: Dem **BSBD Hessen** geht es aber gar nicht darum, hier zu richten, zu verurteilen und den Schuldigen anzuprangern. Von einem Schuldpruch haben wir nichts.

Nochmal: Es geht um Verantwortung. Uns ging und geht es darum, Zusammenarbeit und Führung einzufordern. Reflexion und Handeln sind hier gefordert, statt Jammern oder Schweigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wieder und wieder werden wir hierzu klare Stellung beziehen, auch im 60. Jahr unserer Gewerkschaftsarbeit. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen. Das ist unsere Kernaufgabe, das ist unsere Berufung. Und das ist unser Format. ...

... **Und auch unsere Würde ist unantastbar, die Würde der Anwärtlerin, die den Untersuchungsgefangenen am Abend des 12. Oktober erhängt in seinem Haftraum gefunden hatte, die Würde der Psychologin, die zuvor Suizidgefahr zu bewerten und Empfehlungen zu geben hatte, die Würde der Vollzugsabteilungsleitung, die den Kontrollmodus schließlich anordnete und danach veränderte und schließlich die Würde aller Kolleginnen und Kollegen in der JVA Leipzig und in jeder deutschen Justizvollzugsanstalt. Herzlichen Dank!**“

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Eine Mitgliedschaft im BSBD Hessen garantiert

- **Volle gewerkschaftliche Vertretung, im Tarifbereich auch bis hin zum Streik**
- **Rechtsschutzordnung/Rechtsberatung in allen dienstlichen Angelegenheiten**
- **Diensthauptpflichtversicherung einschließlich Schlüsselverlustversicherung**
- **Dienstkraftwagenfahrerversicherung**
- **Freizeitunfallversicherung**
- **Gruppenunfallversicherung für Mandatsträger**
- **Sterbegeldversicherung für jedes Mitglied**
- **Fachzeitschriften & Literatur**



Staatssekretär Thomas Metz antwortet

Haushalt 2017 sieht deutliche Besserungen für Justizvollzug vor

56 neue Stellen für den Justizvollzug

Staatssekretär Thomas Metz erklärte in seinem Grußwort, dass er froh sei, dass die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen wichtige Akzente für den hessischen Justizvollzug setzen. So werden im Haushalt 2016 insgesamt 56 neue Stellen für den Justizvollzug geschaffen; das sei ein solider Zuwachs, den es so lange nicht gegeben habe.

Ausdrücklich erklärte er, dass er die Einschätzung des **BSBD** hinsichtlich der Bewertung der Personalausstattung im Justizvollzug und die Feststellung fehlender 106 Stellen nicht teile. Dabei würden die Anforderungen an die Bediensteten nicht verkannt. Von den 56 neuen Stellen seien 30 Stellen für die Kompensation der Arbeitszeitreduzierung ab 1. August 2017 auf 41 Stunden vorgesehen, darüber hinaus werden 21 Stellen im Rahmen der Stärkung der inneren Sicherheit und fünf im Hinblick auf die Behandlung psychisch auffälliger Gefangener vorgesehen. 39 im Haushalt 2016 ausgewiesene KW-Vermerke (künftig wegfallende Stellen) wurden um ein Jahr verschoben. Es sei kein weiterer Stellenabbau in der laufenden Legislaturperiode vorgesehen.

Metz wies auf die Gelder hin, die im Haushalt 2017 zur Förderung von Maßnahmen zur Deradikalisierung von Gefangenen im Vollzug vorgesehen seien,



Staatssekretär Thomas Metz. Foto: BSBD

sowie für die Einrichtung einer forensischen Ambulanz zur Betreuung entlassener Sexualstraftäter. Er verwies auf die vorgesehene Modernisierung von PNG-Anlagen, Gefangenennotrufanlagen sowie die beabsichtigten baulichen Sanierungen.

Die Anhebung der Vollzugszulage sei eine Bestätigung und Unterstützung der Arbeit aller Vollzugsbediensteten, dies sei ein besonderes Anliegen der Regierungskoalition. Allerdings lehnte er die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit

dieser Zulage ausdrücklich ab, da es sich um eine Funktionszulage handle.

Metz verwies auf die sehr positive Entwicklung der Stellenbesetzungsquote im hessischen Justizvollzug, die mit rund 98 % Besetzungsgrad nun einen absoluten Spitzenwert erreicht habe.

Er begrüßte die Einrichtung des Sachgebiets „Bewerbungsmanagement“ beim Dienstleistungszentrum Justizvollzug ausdrücklich. Ziel sei es, bis zum Ende des 1. Quartals 2017 insgesamt 80 neue Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes einzustellen.

Hinsichtlich der Vorkommnisse in Leipzig erklärte StS Thomas Metz, dass der hessische Justizvollzug Suizidprophylaxe sehr ernst nehme, die Bediensteten würden jedes Jahr besonders geschult, Hessen arbeite in der bundesweiten Arbeitsgruppe aktiv mit. Das Risikomanagement in der JVA Frankfurt I sei vergangenes Jahr ausgezeichnet worden. Hessen habe eine gute Basis im Umgang mit Suizidgefährdung.

Die Kritik des **BSBD Hessen** hinsichtlich 106 fehlender Stellen wies StS Metz ausdrücklich zurück. Er verwies auf die deutlich günstigere Betreuungsquote im Vergleich zu Ende der 90er Jahre.

StS Thomas Metz dankte dem **BSBD** für die kritisch-konstruktive Zusammenarbeit, es gebe noch einige Themen, die gemeinsam zu bearbeiten seien.

Stimmen der Landtagsabgeordneten

Corrado di Benedetto, Hugo Klein und Mariana Schott antworten

Für die **SPD-Fraktion** sprach in diesem Jahr **MdL Corrado di Benedetto**, der auf die schwierigere, kaum zu händelnde Klientel verwies. Gleichzeitig müsse der Vollzug auf extremistische Einflüsse reagieren.



MdL Corrado di Benedetto, SPD.

Hierfür sei vorausschauendes und sensibilisiertes Personal, aber auch behandlerisches Fachpersonal erforderlich. Es fehle ein stimmiges Vollzugskonzept hinsichtlich des Umgangs mit der Klientel. Hinsichtlich der 2017 durch die Landesregierung vorgesehenen neuen Stellen erklärte **di Benedetto**, dass für den Ausgleich der Arbeitszeitreduzierung auf 41 Stunden das Personal eigentlich be-

reits am 1. August 2017 ausgebildet zur Verfügung stehen müsse. Dies sei jedoch nicht der Fall. **Di Benedetto** verwies darüber hinaus auf die Folgen von Nullrunde, Beihilfekürzungen und forderte von der Landesregierung die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten. Darüber hinaus habe man als **SPD-Fraktion** in die Haushaltsberatungen 2017 den Antrag eingebracht, die Ruhegehaltsfähigkeit der Vollzugszulage wieder herzustellen.

MdL Hugo Klein, CDU, bezog sich zunächst auf das am 20. April 2016 mit dem **BSBD**-Landesvorstand geführte vollzugspolitische Gespräch, in dem der **BSBD** wie immer sehr offen und ungeschönt über die Arbeitssituation seiner Kolleginnen und Kollegen berichtete. Die positive Entwicklung sei auf diese Intervention zurückzuführen. Allerdings dürfe man sich nicht auf dem jetzt Erreichten

ausruhen, Stillstand sei Rückschritt. Wie StS **Thomas Metz** bezog auch **MdL Klein** sich auf die geplanten Stellenmehrungen im Haushalt 2017, hinsichtlich des aufgeschobenen Stellenwegfalls versprach **Klein**,



MdL Hugo Klein, CDU.

dass man sich hiermit nochmals befassen müsse, man werde den Stellenbedarf im Auge behalten. **MdL Klein** verwies auf den intensiven Einsatz für die Anhebung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten – kurz: DuZ –, die zum 1. April 2016 deutlich angehoben wurden. Auf diese stete Forderung des **BSBD** könne er nun Vollzug melden. Klein weiter: „Ich hatte versprochen, dickere Bretter zu

bohren.“ Die Anhebung der Vollzugszu- lage habe man, so MdL **Klein**, im Rahmen der **CDU**-Haushaltsklausurtagung einstimmig beschlossen. Wörtlich sagte er: „Dies haben die Vollzugsbediensteten verdient, sie erfüllen eine Aufgabe, die wertgeschätzt werden muss.“ Steigende Gefangenzahlen, Extremismus und zunehmende Verhaltensauffälligkeiten, stellen, so **Klein**, neue Herausforderungen dar, Gewalt gegen Bedienstete werde ausdrücklich verfolgt. Hinsichtlich der Vorkommnisse in Leipzig äußerte sich MdL **Klein** sehr kritisch hinsichtlich voreiliger Bewertungen und schneller Twitter aus der Politik. Schließlich überreichte er der **BSBD**-Landesvorsitzenden sozusagen als Antwort auf ihren Klabaüterhammer in den vergangenen zwei Jahren ein „Hämmerchen.“ Dicke Bretter seien nun gebohrt, nun sei das Handwerkszeug für die Feinarbeit notwendig.

MdL Mariana Schott, Die Linke, stellte zunächst fest, dass sich der Gewerkschaftstag 2016 von den vorherigen unterscheiden.

Offensichtlich seien ein paar Dinge deutlich besser geworden und sie hoffe, dass dies ein

Signal sei, weiterhin an der Veränderung des Vollzugs zu arbeiten. Hinsichtlich der Vorkommnisse in Leipzig hinterfragte MdL **Schott** kritisch, ob eine vollständige Überwachung bis in die Intimsphäre tatsächlich gewollt sei, wenngleich die Überwachung in einer Krisensituation tatsächlich wichtig sei. Sie hinterfragte die Arbeitssituation sowie die kritische Bewerberlage; die Arbeit im Vollzug müsse so gestaltet werden, dass es spannend sei, im Vollzug zu arbeiten, man sich nicht zuletzt auch ausprobieren könne – auch für Ärzte und Ärztinnen; dabei verwies sie auf die schwierige Einstellungssituation besonders in Nordhessen.

Wenn dann Salär und Arbeitszeit stimmen, so **Schott**, dann finden wir auch wieder Personal. Die Anhebung von Zulagen allein genüge nicht. **Mariana Schott** berichtete von Gefangenen aus dem Jugendvollzug, die ihr erklärt hatten, dass diese ja verstehen, warum die Bediensteten des Vollzugs „schlecht drauf seien.“ Hier sei ein runder Tisch erforderlich statt eines Zerredens im politischen Kleinklein zwischen den Fraktionen. Es müsse an der Sache entlang verhandelt werden, es sei schließlich viel mehr möglich hinsichtlich der Ausgestaltung des Vollzugs – für beide Seiten.



MdL Mariana Schott, Die Linke.



Das Team (v.l.n.r.): Herr C. Simon, Herr R. Colista, W. Kehm, Frau Simon (Assistenz der Geschäftsleitung), Herr Ziegler, Herr Glotzbach-Sehrt und Herr Sonne (stellv. Anstaltsleiter). Foto: BSBD Hessen

Erfolgreicher Start in die Selbständigkeit

Belegschaft gelingt reibungslose Abnabelung von der JVA Rockenberg

Am 5. Juni 2016 war es soweit: Die Umwidmung der „JVA Rockenberg, Zweiganstalt für den Vollzug für Jugendarrest“ in Gelnhausen zu einer eigenständigen „Jugendarresteinrichtung“ ist vollzogen.

Die Herausforderung wurde mit einem hohen Grad an Motivation von der gesamten Belegschaft der Jugendarresteinrichtung angenommen.

Vereint mit Engagement und großartiger Unterstützung eines uns an die Seite gestellten Geschäftsleiters und dem VCC

Mittelhessen konnten wir die Verselbstständigung ohne große Reibungspunkte umsetzen und wurden allen an uns gestellten Ansprüchen gerecht.

Sicherlich ist es immer noch ein bester Mehraufwand, sich in einige ungewohnte und neue Aufgaben einzuarbeiten, aber die gesamte Belegschaft der Jugendarresteinrichtung steht der weiteren Umsetzung sehr positiv gegenüber.

Bislang erreichte die Verantwortlichen ausschließlich positives Feedback, was alle Beteiligten bestätigt und positiv in die Zukunft blicken lässt.

Nachruf

Tief betroffen trauert der BSBD Hessen und der Ortsverband der JVA Limburg um sein Mitglied und ehemaligen Kollegen

Achim Schumacher

Fast 40 Jahre war Kollege Schumacher Mitglied im BSBD.

Viele Jahre gehörte er als Kassierer im Ortsverband Limburg dem Vorstand an.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

Birgit Kannegießer
BSBD-Landesvorsitzende

Stefan Weber
Vors. BSBD-OV Limburg

Ich engagiere mich im BSBD weil ...



... Ich somit Mitglied der größten Gewerkschaft für den Strafvollzug bin und nur in einer starken und großen Gemeinschaft Ziele erreicht und umgesetzt werden können.

(Udo Kramm, Vorsitzender OV Fulda)